

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend

**BERLINER
EXTRA
DIENST**

Herausgeber: Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH · Verantwortlich für den Inhalt:
Carl L. Guggomos · Redaktion und Verlag: 1000 Berlin 15, Wielandstraße 27, Tele-
fon 8 83 40 74 · Dieser Dienst ist nur für persönliche Information bestimmt · Zeitungs-,
Funk- und Fernsehredaktionen setzen sich wegen Nachdruck und sonstiger Aus-
wertung mit der Redaktion in Verbindung · Bezugsbedingungen: Inland monatlich
DM 5,00 (inklusive Porto); Ausland: Inlandsabonnement plus Porto · Bankverbindung:
Bank für Gemeinwirtschaft Berlin, Konto 47 12 (Postschecknummer der BfG 828 00)

Verantwortlich i. V.
Martin Buchholz

10. Juli 1968 - 55 / 11
Einzelpreis DM 0.75

SEITE 2: PROGRAMM DER FRANZÖSISCHEN "KRITISCHEN VOLKS-UNIVERSITÄTEN"
SEITE 7: BBC-DISKUSSION MIT INTERNATIONALEN STUDENTENFÜHRERN
SEITE 5: UNSERE POSITION / VON CARL L! GUGGOMOS

WESTBERLIN: INTERNATIONALER REVOLUTIONS-KONGRESS IM JANUAR?

In Kreisen der Westberliner Außerparlamentarischen Opposition wird aus Anlaß des 50. Jahrestages der Novemberrevolution in Deutschland und des gewaltsamen Abbruchs dieser Revolution im Januar 1919 eine mehrmonatige Kampagne diskutiert, die ein internationaler Kongreß abschließen soll. Der Arbeitstitel dieser Kampagne: "50 Jahre Konterrevolution sind genug". Nach bisherigen Vorstellungen, die aus Mitgliederkreisen des Republikanischen Clubs kommen, über die aber auch schon mit anderen Gruppen und Organisationen der APO erste Gespräche geführt wurden, soll durch die Kampagne "das Thema Demokratisierung (und damit auch das Konzept der Rätedemokratie und der Arbeiterkontrolle) in seinen historischen Entwicklungen der letzten 50 Jahre ins Bewußtsein gebracht und die geschichtliche Erfahrung dieser Entwicklung als Restauration und Konterrevolution aufgearbeitet" werden (so der RC-Vorsitzende Jörg Huffschmid). Konkrete Aktionen im Rahmen dieser Kampagne sind noch nicht geplant, da die Kampagne selbst erst ausführlich diskutiert werden soll. Im Republikanischen Club ist man sich klar darüber, daß ein solches Projekt, sofern es akzeptiert wird, von der APO ein Höchstmaß an organisatorischer und inhaltlicher Planung erfordert. Die Aktion soll sich vom November dieses Jahres bis zum Januar nächsten Jahres erstrecken. Höhe- und Schlußpunkt der Kampagne soll nach den Vorstellungen im RC ein Kongreß sein, der zumindest die Ausmaße des Vietnam-Kongresses vom Februar hat. Thema dieses Kongresses sollen die revolutionären Erfahrungen der letzten Jahrzehnte und der jüngsten Zeit sein. Ausserdem will man Kenner der internationalen Arbeiterbewegung zum Problem der Arbeiterkontrolle und der direkten Demokratie hören. Im RC glaubt man, daß durch eine solche "in konkreter und gemeinsam inhaltlich bestimmter Aktivität" auch eine bessere "organisatorische Koordination oder zumindest eine Verbesserung der Kommunikation zwischen den einzelnen Verbänden, die über die bisherigen mehr zufälligen und informellen Kontakte hinausgeht" erreicht werden kann.

ABSAGE AN WESTBERLINS INDUSTRIE: SENAT SCHWEIGT

Die westdeutsche Quandt-Gruppe, eines der größten Industrie-Kartelle der Nachkriegszeit, denkt offenbar nicht daran, zukunftssträchtige Fertigungszweige nach Westberlin zu geben. Die zu diesem Kartell gehörenden Deutschen Waggon- und Maschinenfabriken in Tegel haben im Mai die in Schwierigkeiten geratene Firma Kampnagel AG. in Hamburg von der DEMAG erworben und wollen nunmehr dort den modernen Containerbau konzentrieren. Diese Container-Produktion - eine echte Wachstumsproduktion - war jedoch be-

reits für das Tegeler Werk vorgesehen. Die DWM leben momentan noch von einem Großauftrag über 100 Millionen für Eisenbahnwaggons aus der DDR. In der politischen Diskussion um die Lebensfähigkeit Westberlins war von kommunistischer Seite mehrfach auf diesen als Beispiel vorgestellten Fall hingewiesen worden. Seitens des Senats jedoch war die Ostberliner Waggon-Propaganda damit abgetan worden, daß das Werk auch ohne die Aufträge der Staatsplaner gesichert sei. In diesem Zusammenhang hatte man auf die künftige Containerproduktion hingewiesen. Nunmehr aber begrüßte es der Hamburger Senat "ganz besonders, daß es nun gelungen ist, den Fabrikationsbetrieb der ehemaligen Firma Kampnagel mit ihrer Arbeitsplatzkapazität zu erhalten und für diesen Betrieb mit dem Bau von Containern ein Herstellungsprogramm zu finden, das gerade für den Hamburger Hafen von besonderem Interesse ist, abgesehen davon, daß nun die bisher auf mehrere Stellen verteilte Container-Produktion des neuen Betriebsinhabers (DWM) in Hamburg konzentriert werden soll". Obwohl die Westberliner SED-Zeitung "Wahrheit" diese indirekte Verlagerung einer für die ganze Stadt wichtigen Zukunftsproduktion aufgriff, reagierte der Westberliner Senat mit keinem Wort. Fachkreise halten es im übrigen für sinnwidrig, die transportintensive und sperrige Container-Produktion, von der die künftige Leistungskraft der modernen Transportraumproduktion abhängt, ausgerechnet nach Westberlin zu legen; diese Produktion müßte schon aus Rentabilitätsgründen in einem Seehafen konzentriert werden.

FRANKREICH: KRITISCHE VOLKS-UNIVERSITÄTEN MIT ARBEITERN

Die französischen Studenten wollen "den politischen Kampf mit der Gründung Kritischer Volks-Universitäten (Universités Critiques Populaires U. C. P.) in ganz Frankreich fortsetzen. "Wie uns die Commission de l'U. C. P. mitteilt, stehen diese Universitäten auch ausländischen Arbeitern und Studenten offen. Zentrum der Aktivität ist die Pariser U. C. P. in der Cité Universitaire Internationale. Teilnehmer der Kurse können in der Cité für einen Unkostenbeitrag zwischen fünf und sieben Francs am Tag wohnen. Das Programm der Universitäten ist in Zusammenarbeit mit den verschiedenen Bezirkskomitees und dem Hauptsekretariat aller Fakultäten zusammengestellt. ~~Nachstehend veröffentlichen wir den Aufruf der Commission de l'U. C. P.:~~ "Die Arbeiten werden in Kommissionen, Seminaren und Foren durchgeführt werden. Neue Unterrichtsmethoden sollen in diesem Rahmen ausprobiert und Animationszentren geschaffen werden für kulturelle Schöpfungen, Reflexionen und politische Diskussionen. Dieses Unternehmen ist ein revolutionärer Versuch, die Studentenbewegungen vom Monat Mai auf soliden Basen aufzubauen und weiterzuführen. Der Kampf gegen die Gesellschaft, in der wir zur Zeit leben, ist fast der gleiche in Frankreich und Deutschland, und es ist daher unbedingt erforderlich, daß wir zusammenarbeiten. Wir laden daher unsere deutschen Kameraden ein, an unserem Sommerprogramm teilzunehmen. Sammelpunkt: Pavillon International, Cité Universitaire, 69, Bd. Jourdan - Paris 14^o.

Den Teilnehmern werden hier auch Unterkünfte zugewiesen und sie können hier alle Einzelheiten über das Sommerprogramm der französischen Universitäten erfahren. Für das Programm der Volkshochschulen wenden Sie sich bitte an UNEF - 15, rue Soufflot - Paris 15^o. Es stehen vier Themen zur Auswahl: 1) Eine neue Universität; 2) Die Macht der Arbeiter; 3) Eine neue Kultur; 4) Eine neue Internationale.

Wir geben Ihnen nachstehend eine Auswahl der Themen, die im Sommerprogramm der Universitäten behandelt werden: Die französische Studentenbewegung; ihre Vorgeschichte, Verbindungen mit den Bewegungen anderer Länder, die Beziehungen zu den Arbeiterbewegungen; Rassenhass und Neo-Kolonialismus; Vietnam und die anti-imperialistische Front; Was heißt sozialistische Gestion in der Wirtschaft; Der Kampf der Studenten und der Arbeiterklasse; die Rolle des Soziologen in der Gesellschaft und im Unternehmen; Die neue Technik im Sprachunterricht; Das politische Theater nach 1960; Seminare für Wirtschaftspolitik; Die Entwicklung des Kapitalismus; Autogestion: der Kibboutz, die pädagogische Autogestion; Kommissionen mit Studenten und Arbeitern von Nord-Aviation; Faschismus und Arbeiterbewegung; Griechenland unter der Diktatur; Die Frau im politischen Leben; Die Architektur im Dienste der Revolution; Verschiedene Themen über zeitgenössische Philosophie: Für eine kritische Geschichte der marxistischen Philosophie; Hat die marxistische Philosophie eine Geschichte; Von Marx zu Engels und Lenin;

Arbeitsgruppen zwischen Studenten und Arbeitern für die Bildung einer ständigen Kommission in den Betrieben. Das Programm erstreckt sich weiterhin über folgende Fächer: Biochemie, Logik, Astronomie, Mathematik und Statistik.

Die Commission de l'U.C.P. bittet deutsche Teilnehmer, Dokumentationen (Zeitungsausschnitte, Flugblätter, Plakate usw.) sowohl über die Ereignisse in Deutschland als auch über die Ereignisse des Monats Mai in Frankreich mitzubringen.

RUHR-UNIVERSITÄT: LINKSRUCK IM STUDENTENPARLAMENT

An der Bochumer Ruhr-Universität beteiligten sich 47,2 Prozent der Studenten an den Wahlen zum zweiten Studentenparlament. Dabei errangen die linken Gruppen von 37 Sitzen 28 für sich. So zieht der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB), der im Vorjahr nur sechs Mandate hatte, mit zwölf Abgeordneten ins Parlament. Sechs Sitze erhielt die Humanistische Studentenunion. Der SDS verlor zwei seiner fünf Vorjahrs-Mandate. Der in Bochum gegründete Freidemokratische Hochschulbund, eine linksliberale Wahlgemeinschaft, ist zum erstenmal im Studentenparlament mit sieben Sitzen vertreten.

SPRINGER-DRUCKEREI: DRUCK AUF KOLLEGEN

Angehörige des technischen Betriebes im Axel Springer Verlag haben sich von einem kritischen Beitrag ihrer Gewerkschaftszeitung "druck und papier" zum Thema Pressekonzentration distanziert. Bei der Abstimmung über das Protestschreiben kam es jedoch zu Meinungsverschiedenheiten in der Belegschaft. Fünf von 35 Korrektoren verweigerten ihre Unterschrift. Sie wurden von ihren Kollegen bedroht und mit massiven Anfeindungen unter Druck gesetzt. Einer der Betroffenen hat inzwischen wegen des unerträglichen Arbeitsklimas gekündigt.

FRANKFURTER BUCHMESSE: ORDNERDIENST VERSTÄRKT

Die Frankfurter Buchmesse bereitet sich für Ende September auf eine Messe der Demonstrationen vor. Nacheiner Verschärfung der Messebedingungen und der Androhung, gegebenenfalls die Messe für das Publikum zu schließen, wird nun auch der uniformierte Ordnerdienst der Messe verstärkt. Das kündigte Börsenvereins-Vorsteher Friedrich Georgi in einem Gespräch mit Vertretern der Gewerkschaft HBV an. Georgi erklärte sich bereit, diese Maßnahmen noch vor der Messe öffentlich in Berlin zu diskutieren.

KÜNSTLER-PROTEST: VORWÜRFE GEGEN KUNSTVEREIN

"Warum die Anti-Documenta nicht stattfindet", erklärt in einem Katalog zu seiner Kasseler Ausstellung der Westberliner Maler Dieter Ruckhaberle. In der Broschüre - Fragment des Katalogs der geplanten Anti-Ausstellung - wird vor allem die Deutsche Gesellschaft für Bildende Kunst e. V. (Kunstverein Berlin) angegriffen. Generalsekretär Eberhard Roters wird beschuldigt, bereits zugesagte Beträge zurückgezogen zu haben und sich im Namen der beteiligten Künstler aber ohne ihr Wissen in den Besitz der Mietverträge mit der Stadthalle Kassel gesetzt zu haben. Roters habe auf eigene Faust eine Gegenausstellung organisieren wollen. Der Katalog ist in den einschlägigen Buchhandlungen zu beziehen.

AKTION SÜHNEZEICHEN: "FRIEDENS-CONSULTATION" GEFORDERT

Anlässlich einer Kundgebung mit Münchens Oberbürgermeister Vogel im Rathaus der bayerischen Landeshauptstadt veröffentlicht die "Aktion Sühnezeichen" gemeinsam mit dem Comenius-Club für deutsch-osteuropäische Beziehungen einen Aufruf, der zu einer verbindlichen Friedensabrede mit der DDR auffordert. In dem Aufruf heißt es: "Die neue Berlinkrise bestätigt nur das Recht unseres Rufes nach einer Politik des Friedens, die von neuen Konzeptionen ausgeht. Wir werden im demütigen Nachvollzug von politischen Pressionen bleiben, solange wir nicht im vollen Annehmen der 1945 zu Recht über uns hereingebrochenen Katastrophe eine Politik der Umkehr beginnen, die auf die über zwei Jahrzehnte hinweg mitgeschleppten Wunschvorstellungen verzichtet.

Nachdem der Westen schon vor Jahren seine Essentials formuliert hat, müssen die "Essentialien" des Ostblocks: Atomwaffenverzicht, Oder-Neiße-Grenze und Anerkennung der DDR von unserer Seite entsprechend ernst genommen werden. Es fragt sich, ob und was nach einer jahrelangen hinhaltenden Politik noch für sie eingehandelt werden

kann. Vielleicht für den Atomverzicht eine atomwaffenfreie Zone in Ausweitung des Rapacki-Planes, für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze diplomatische Beziehung zu den Ostblockstaaten und - als unvergleichlich wichtigsten Kaufpreis - für die Anerkennung der DDR die völkerrechtliche und wirtschaftliche Sicherung des Status von Westberlin.

In diesem Sinne planen wir im Einvernehmen mit dem Comenius-Club für deutsch-ost-europäische Beziehungen und anderen gleichgerichteten Bestrebungen eine Friedens-Consultation, die möglichst noch in diesem Jahr, spätestens aber zu Beginn des nächsten, in Berlin stattfinden soll. Sie soll in ihrer ersten Etappe einer verbindlichen Friedensabrede mit der DDR, insgesamt aber der Anbahnung eines Friedensvertrages mit den ehemaligen Siegermächten dienen. "

RC-GRÜNDUNG: 60 MITGLIEDER IN MÜLHEIM (RUHR)

Auch in Mülheim (Ruhr) ist jetzt ein Republikanischer Club gegründet worden, deren bisher 60 Mitglieder "sich durch Information, Diskussion und Aktion darum bemühen, ein politisches Bewußtsein in der Mülheimer Bevölkerung zu schaffen". Club-Adresse: 433 Mülheim, Moritzstr. 110.

ZITAT DER WOCHE

"Wann endlich wird das Bundesverteidigungsministerium auf den Gedanken kommen, eine Kaserne nach dem Schöpfer der Reichswehr zu nennen! Oder steht Noskes Konzeption vom deutschen Soldaten als einem "Musterkerl" einer solchen Ehrung allzusehr im Wege?" (Winfried Martini zum "100. Geburtstag von Gustav Noske" in der "Welt" vom 9. Juli).

PERSONALIEN

GEORG HEIMS, vor wenigen Tagen verstorbener Gründer des Marxistischen Arbeitskreises in der SPD, dem die "Berliner Stimme" in ihrer jüngsten Ausgabe einen längeren Nachruf widmete, erklärte kurz vor seinem Tode gegenüber Freunden und Verwandten, die ihn im Krankenhaus besuchten, daß er sofort nach seiner Entlassung aus der SPD austreten wolle. Grund seines Entschlusses: Die Haltung der SPD zu den Notstandsgesetzen.

FUNKSTREIFENFÜHRER XYZ, Polizeinummer unbekannt, stellte am Freitag bei einer Anti-NPD-Demonstration vor der Hollerith-Oberschule in Steglitz einem Demonstranten den Polizeilautsprecher zur Verfügung. So wurden die "lieben Genossen", Schüler, Studenten sowie Mitglieder des Antifa-Arbeitskreises, aufgefordert, die Diskussionsgruppen aufzulösen und die NPD-Leute auf der Straße allein zu lassen. Kommentar eines NPD-Mannes: "Jetzt ist schon die Polizei mit den Kommunisten im Bunde."

MITTEILUNGEN DES REPUBLIKANISCHEN CLUBS

MITTWOCH, 10. Juli, 20 Uhr, Christian Riechers spricht "Zur Situation der italienischen Linken".

DONNERSTAG, 11. Juli, 20 Uhr, findet eine Diskussion mit Pfarrer Dümchen, Pfarrer Karnecki, Pfarrer Nevermann über das Thema der Synode: "Die gesellschaftliche Funktion der Kirche in Westberlin" statt.

FREITAG, 12. Juli, 20 Uhr, Freitagdiskussion "Zur politischen Strategie des Republikanischen Clubs im kommenden Herbst und Winter (I).

MONTAG, 15. Juli, 20 Uhr, Diskussion mit Horst Dümchen und Klaus Ehrler (Christlicher Friedensdienst) über "Die Lebensfähigkeit für Westberlin durch Entpolitisierung".

HINWEISE DER REDAKTION

MITTWOCH, den 10. Juli, findet in den Räumen der Gesellschaft für deutsch-sowjetische Freundschaft - Westberlin (Kurfürstendamm 72) ein Gespräch mit dem sowjetischen Schriftsteller Julian Semjonow (Autor von "Petrovka 38", erschienen im zur Bertelsmann-Gruppe gehörenden Mosaik-Verlag, Hamburg) über Probleme der Jugendliteratur statt.

"POSITIONEN" IM LINKEN ECK

Mankonte es am Sonntag im "Tagesspiegel", am Montag gar in der "Frankfurter Rundschau" lesen: EXTRA-Dienst soll enteignet werden. Das fordern angeblich die "Falken". In Wirklichkeit fordert das jene Handvoll von Trotzkisten, die innerhalb kurzer Zeit die "Falken" auf einen bedenklichen Stand heruntergewirtschaftet hat. Zahlreiche "Falken"-Mitglieder riefen bei uns an und versicherten uns ihrer Solidarität. Auch im Vorstand ist dieser Alleingang der "Positionen"-Redakteure sehr umstritten. Wir erhielten am Freitag bei Redaktionsschluß den Offenen Brief auf "Positionen"-Papier. Darin hieß es: "Der Berliner Extra-Dienst, von dem sich die Berliner Linke einst erhoffte, er könnte so etwas wie ein objektives Nachrichten- und Kommentarorgan der Sozialisten in Westberlin werden, hat diese Erwartung enttäuscht. Die konkrete Information wird in vielen Fällen durch reine Spekulation ersetzt und von Springer haben die Extra-Dienst-Redakteure übernommen, wie man Nachrichten manipuliert - oder schlicht unterschlägt. In diesem Prozeß hat der Extra-Dienst aber auch offensichtlich eine Heimat gefunden, für die zu streiten seine Redakteure keine Mühe scheuen: Es ist der bürokratische Sozialismus der DDR, also der nicht überwundene Stalinismus. Wenn es um den geht, scheuen sich die Extra-Dienst-Manager nicht, auch zum Mittel der Denunziation zu greifen. Wie anders kann man den Vorgang in der Nummer 52/II nennen, über den französischen Studentenführer Daniel Cohn-Bendit ein Dossier des Bundesnachrichtendienstes (BND) zu veröffentlichen. Sicher ist es eine verdienstvolle Aufgabe, die Methoden des BND aufzudecken. Aber in diesem Fall lag die Absicht ganz woanders, der Schuß ging gezielt nach links."

Das also die Position der "Positionen". Die unsere lesen sie weiter unten. Doch eins vorweg: Der böartigste Vorwurf dieses Schreibens ist, daß konkrete Information beim EXTRA-Dienst durch reine Spekulation ersetzt werde. EXTRA-Dienst hat schon aus Anlaß seines einjährigen Bestehens gesagt, daß wir gerade aus journalistischer Fairneß ernstzunehmende Gerüchte und fundierte Spekulationen stets als solche kennzeichnen. In fast allen Fällen erwies sich, daß unsere Meldungen über Gerüchte Meldungen über Tatsachen waren. Oft dienen spekulativ anmutende Formulierungen auch schlicht dazu, unseren Informanten zu schützen und uns selbst vor langwierigen Prozessen zu bewahren, die EXTRA-Dienst finanziell ruinieren könnten - egal, wie das endgültige Urteil aussieht. Das wir Nachrichten unterschlagen, trifft zu. Wir "unterschlagen" meist all das, was ohnehin in anderen Zeitungen oder Zeitschriften steht. Und wir manipulieren. Wenn ein Polizeibericht von "Störern" spricht, werden das bei uns "rechtmäßige Demonstranten", eine "Freiheitskundgebung" vor dem Schöneberger Rathaus ist bei uns eine "Dutschke-raus-Veranstaltung" - wir "manipulieren", weil wir objektiv sind, aber nicht neutral. Die "Positionen"-Partisanen, die ihre Fehde mit uns über die Fernschreiber von dpa auszutragen belieben, fordern uns schließlich auf, "die Gebote sozialistischer Solidarität zu beachten" und fordern: "1. Die Umwandlung der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH in eine Publikumsgesellschaft; 2. die Aktien dieser Gesellschaft sind in Stücken zu je 50, -- DM auszugeben, wobei das Stimmrecht so geregelt werden muß, daß keine Manipulation durch Häufung von Aktien möglich ist; 3. die Kontrolle der Redaktion durch ein Gremium, welches unabhängig ist und durch die Hauptversammlung gewählt wird." Auf diese Weise also wollen permanent Erfolglose endlich auch einmal Erfolg haben. Wir schenken ihnen gerne die Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH, da es sie nicht mehr gibt. Für die jetzige "EXTRA-Dienst GmbH" schwebt der mit nur zwei Stimmen in der fünfköpfigen Gesellschaft vertretenen Redaktion eine mehr sozialistische als volkskapitalistische Lösung vor...

UNSERE POSITION / VON CARL L. GUGGOMOS

Aus gegebenem Anlaß ist die Position dieser Publikation zu umreißen. Die Kritik am Dienst, wie sie in jüngster Zeit geäußert wurde, läßt sich auf "einen Nenner" bringen: EXTRA-Dienst huldige, zum ersten, liberal-bürgerlichen Presse-Gepflogenheiten; es grassiere, zweitens, in der Redaktion die schleichende Krankheit der Linken, der Sozialdemokratismus; und es feiere, zum dritten, im Dienst der Sozialismus der Altvorderen, gar der Stalinismus, finstere Urständ. Daher, so die extreme Forderung, müsse

dieses bürgerlich-sozialdemokratisch-stalinistische Journal "anti-autoritärer Kontrolle" unterworfen werden.

Zum Unqualifizierten zuerst: Nachdem EXTRA-Dienst fast ein Jahr lang ausschließlich von Rechts wegen seiner revolutionär-subversiven Tätigkeit verfehmt, seine Redakteure von den Nachrichtenquellen des Establishments ausgeschlossen, seine Verkäufer verprügelt wurden, kam nun, da der Erfolg sich einstellte, die Attacke von Ultralinks hinzu. Beide Seiten bedienen und bedienten sich der in Westberlins geschlossenen Gesellschaft bequemsten Methode, der des Antikommunismus. Man kann nämlich des Erfolges von Rechts bis Ultralinks sicher sein, wenn man den EXTRA-Dienst als eine Art hektografierte SED-"Wahrheit" bezeichnet: Feixen allenthalben, ob es Sowjetzonenflüchtlinge oder Pennäler sind, die ihren Schulbuch-Antikommunismus links aufpoliert haben. Die Rechtshetze können wir getrost links liegenlassen. Die ultralinken EXTRA-Dienst-Feinde aber treffen sich in ihrem Dogmatismus auffallend mit den Dogmatikern des von ihnen so geschmähten antiquierten SED-Sozialismus: Beiden geht nicht ein, daß erfolgreiche linke Publizistik heute offen und unabhängig nach allen Seiten sein muß. Es giftete sich daher mancher SED-Mann, als die EXTRA-Dienst-GmbH in ihrem "Pariser Mai" herbe Kritik an der Haltung der französischen KP veröffentlichte und der Frau eines europaweit bekannten Trotzisten eine 1000-DM-Spende für die französischen Studenten übergab. Und es entsetzte sich Westberlins trotzkistisches Minizentrum, als im Dokumentarionsteil des EXTRA-Dienstes die Position der KPF verteidigt wurde und ein Geheimdienstbericht über Cohn-Bendit als dokumentarische Kuriosität veröffentlicht wurde. Den einen reicht die "Wahrheit" zur Seligkeit, die anderen kommen ohne einen Trotzkistischen Generalanzeiger nicht aus. Nur: EXTRA-Dienst ist weder das eine noch wird es jemals das andere sein.

Und damit zur Kritik, die weniger aus Böswilligkeit, denn aus Mißverständnissen herührt. Dieser Informationsdienst wird von linken Journalisten gemacht, die ihre Brücken zum bürgerlichen Pressebetrieb abrupt abbrechen, weil sie schreiben wollten, was sie denken und wissen. Die EXTRA-Dienst-Leute haben die Kulturrevolution, von der andere gern und ausführlich aus ihren sicheren Positionen heraus reden, bereits hinter sich: Sie wurden selbsttätig. Das begann mit vielen persönlichen Risiken und Schulden, und das hat auch heute noch Schulden, wenn auch weniger, aber ebensoviele persönliche Risiken. Dafür haben diese Leute auch keinen Verleger, der ihnen politische oder geschäftliche Vorschriften macht. Pressefreiheit als die Freiheit derer, die schreiben, ist hier verwirklicht. Verantwortung gibt es nur gegenüber dem Team, gegenüber sich, dem eigenen politischen Gewissen, gegenüber dem Leser.

Es liegt auch ein Mißverständnis vor, wenn man in diesem Informationsdienst ein theoretisches Organ sehen will. Ein Informationsdienst kann nicht ein Programm ersetzen; was er vermittelt, kann freilich der Erarbeitung eines Programms dienlich sein. EXTRA-Dienst hatte hingegen stets zwei andere Aufgaben: Informationen aus dem System, die dessen Presse hinwegmanipulierte, denen zu vermitteln, die aus dem System ausgebrochen sind; und zweitens, Informationen aus dem Lager der Ausgebrochenen, aus der APO, aus dem "anti-autoritären Lager" in den Kern der Gesellschaft zu tragen. So verstand und versteht dieser Dienst Gegenöffentlichkeit; sie kann nicht am Rande der Gesellschaft, sie muß, um wirksam zu sein, im Kern der Gesellschaft angesiedelt werden. Das macht die durch EXTRA-Dienst geschaffene Gegenöffentlichkeit zur echten Hilfe für die Außerparlamentarische Opposition.

Daß es die wertfreie Information nicht gibt, steht außer Zweifel. Deshalb ist nicht ohne Bedeutung, wo der steht, der sie vermittelt. Steht der EXTRA-Dienst im "anti-autoritären Lager"? Wir geben zu, daß uns dieser Begriff allein zu schwammig ist. Anti-autoritär ist eine Haltung, aber kein politisches Prinzip. Deshalb präziser: Unsere Gesellschaftsvorstellung orientiert sich am Prinzip der sozialistischen Demokratie; das schließt anti-autoritäre Haltung ein, aber auch das Wissen, daß eine Gesellschaft beispielsweise ohne Produktion und ohne rationale Ordnung der Produktion nicht möglich ist.

Sozialist sein heißt aber nicht auf Realitäten zu verzichten. Der dritte Schritt zur Verwirklichung der sozialistischen Demokratie kann also nicht vor den ersten gegangen werden. Es kann daher keine Frage sein, daß Bündnispartner jeder Liberale, jeder Humanist, jeder Demokrat sein kann, ja: sein muß, wenn die ersten Schritte getan werden.

EXTRA-Dienst dokumentiert im folgenden Auszüge aus einer Fernsehsendung der BBC mit zwölf Studentenvertretern aus neun Ländern und Westberlin. Die Teilnehmer waren Tariq Ali (England), Daniel Cohn-Bendit (Frankreich), Lewis Cole (USA), Alain Geismar (Frankreich), Alberto Martin de Hijas (Spanien), Yasuo Ishii (Japan), Jan Kavan (CSSR), Ekkehard Krippendorff (Westberlin), Luca Meldolesi (Italien), Leo Nauweds (Belgien), Dragana Stavijel (Jugoslawien) und Karl-Dietrich Wolff (Bundesrepublik). Der spanische Teilnehmer wurde unmittelbar nach seiner Rückkehr von dieser Aufnahme in Spanien verhaftet. Er wird "illegaler Propaganda" beschuldigt.

Das Gespräch begann mit einer Aufforderung des BBC-Sprechers an die Teilnehmer, die Ursachen der studentischen Bewegung in ihren Ländern darzustellen.

DISKUSSION IM BBC: URSACHEN DER STUDENTENBEWEGUNG

COLE: Der Grund, warum die Studentenbewegung besonders in Amerika in den letzten Jahren so schnell angewachsen ist, ist vorwiegend darin zu suchen, daß die Studenten nicht mehr den Eindruck haben, daß die sozialen Möglichkeiten, die ihnen zur Verfügung stehen, ihnen in ihrer Gesellschaft genügend Freiheit lassen, und deshalb müssen sie selbst die Angebote vergrößern. Die meisten von ihnen sehen diese Gesellschaft in Opposition zu den bestehenden Autoritäten, ob sie nun die Universitätsverwaltung sind, die Polizei, die die Universitätsverwaltung zur Hilfe herbeiruft, der Präsident oder die Armee, die der Präsident zur Hilfe herbeirufen muß. (Ist diese Verfremdung gegen das ganze politische System in Amerika gerichtet? - fragt BBC). Ja, gegen bestehende politische Systeme, das nämlich die Autoritäten und die Machtstruktur so arrangiert hat, daß man keinen Angriff dagegen richten kann.

ISHII: Zunächst einmal glaube ich sollten wir uns sehr darauf konzentrieren, gegen den Krieg zu agitieren. Natürlich zunächst einmal den Vietnamkrieg, wegen der geographischen Entfernung, denn wir sind ja sehr nahe dabei. Wir haben damit sehr viel zu tun, nicht direkt, aber in der Tat wirtschaftlich und auch vom politischen Gesichtspunkt her gesehen, ist Japan doch in den Krieg verwickelt, und zwar auf der Seite der Vereinigten Staaten. Wenn ich jetzt hier von der Regierung spreche, dann kann man sagen, daß sie die Erfahrungen von Hiroshima und Nagasaki nicht wiederholen sollten.

WOLFF: Wir müssen uns der Tatsache bewußt werden, daß die westliche Gesellschaft, so wie wir sie kennen, nicht funktioniert, wie sie sollte. Darüberhinaus wird versucht, daß man sich selber an der Macht hält, indem man in allen Institutionen repressiv agiert. In den Werken, wo die Arbeiter nicht kontrollieren können, was sie produzieren, in den Schulen, wo natürlich die Oberschüler nicht die Erlaubnis haben, ihre eigenen Zeitungen zu verteilen, in den Universitäten mit Hilfe von Examen und so weiter.

BBC: Sie haben also den Eindruck, daß die deutschen Gewerkschaften in die eigentliche Betriebsführung gebracht werden, das ist eigentlich eine Sache, die keinerlei Rolle spielt? - Das könnte ein Schritt in der richtigen Richtung sein, aber die ganze Sache muß natürlich in den Fabriken anfangen.

WOLFF: Wenn Sie sagen, das ist eine Studentenbewegung, dann haben Sie nicht recht, das ist keine Studentenbewegung. Wir konnten natürlich in den Universitäten beginnen, weil die Studenten in einer privilegierten Position waren und sich bewußt wurden, was in dieser Gesellschaft geschah, doch das ist ein Problem des Spätkapitalismus und der bürokratischen Gesellschaft auch im Osten, glaube ich.

BBC: Aber Sie würden doch nicht etwa sagen, daß in den deutschen Gewerkschaften genauso reagiert wurde, wie in Frankreich unter den Arbeitern?

WOLFF: Jawohl, man hat gegen die Notstandsgesetze in den Werken demonstriert. 10000 Leute haben in Mannheim gestreikt, über 130 000 Leute in Frankfurt, ohne die Gewerkschaften, aber die Leute haben gestreikt und sie haben selbst unabhängig diese Streiks organisiert.

KAVAN: Wir haben unsere Gesellschaft nicht als eine sozialistische Gesellschaft betrachtet, wie sie selbst von sich behauptet. In unserer täglichen Erfahrung haben wir die große Lücke zwischen Theorie und Praxis erleben müssen. Zum Beispiel in unserer Verfassung haben wir die Meinungsfreiheit, die Pressefreiheit, und trotzdem dürfen wir nicht unser politisches Programm formulieren, wir dürfen nicht irgendetwas tun, außer in Übereinstimmung mit dem, was uns eigentlich von oben aufoktroziert wurde. Wir haben die Gesellschaft nicht als die Diktatur des Proletariats gesehen, wie wir in unseren Schulbüchern eigentlich gelesen hatten, auch nicht als die Diktatur der KP, die wir in unserer Erfahrung, in unseren Diskussionen angesprochen hatten - vielleicht sagt man besser Monologen. Man konnte die ganze Geschichte als eine Diktatur der Parteioligarchie bezeichnen.

BBC: Die Verstaatlichung der gesamten Wirtschaft, die Sie natürlich hatten, hat Ihnen nicht die intellektuelle Freiheit gegeben, die Sie mit dieser Revolution erzielen wollten?

KAVAN: Nein! Nicht nur die intellektuelle Freiheit des Einzelnen. Was wir verlangten, waren Garantien der Menschenrechte, der Bürgerrechte, und wir haben nicht geglaubt, daß die Gesellschaft in der Lage war, uns die Grundrechte zu gewähren - nicht nur die geistigen Grundrechte, sondern auch die Grundrechte der Arbeiter.

STAVIJEL: Das Hauptproblem in unserem Lande, was natürlich zu Demonstrationen geführt hat, war, daß wir Studenten und die Professoren den Eindruck hatten, es gäbe eine Art Infiltration des negativen Elementes in die soziale Struktur, und um das nun zu verändern und zu verhindern, daß das uns alle überwältigte, haben wir einfach Aktionen durchführen müssen.

BBC: Was meinen Sie mit negativen Elementen in der sozialen Einheit?

STAVIJEL: Nun, mit den negativen Elementen meine ich die Theorien und Methoden von sagen wir Rankovic und Mao Tse Tung, das sind die negativen Elemente, die nicht erwünscht sind im sozialen Apparat. Ich würde sagen, daß unsere Demonstrationen nicht wie die Demonstrationen in anderen Ländern waren. Es ist ja schließlich nicht so, daß wir Studenten nur unsere Rechte wünschen, sondern wir verlangen auch die Rechte der Arbeiter, der Studenten, alle jene Menschenrechte, die zum Sozialismus und zur Demokratie führen.

DE HIJAS: In der spanischen Studentenbewegung gibt es keine Führer, denn es wäre ein Widerspruch, einen Führer in einer Geheim-Bewegung zu haben. Wir spanischen Studenten kämpfen zunächst einmal darum, unseren eigenen Verband, unsere demokratischen Verbände bilden zu dürfen. Aber das ist unmöglich in einem antidemokratischen Land. Wir kämpfen nunmehr darum, bestimmte demokratische Freiheiten gewährt zu bekommen, und wir sind der Meinung, daß wir diese demokratischen Freiheiten zunächst einmal in einem schlimmeren System, in dem wir leben, erreichen müssen. Zum Beispiel ist die Frage der Gewerkschaften, daß ihr Kampf sich in den Kampf für die Grundfreiheiten umwandelt und danach kommt der Kampf zum Aufbau des Sozialismus.

BBC: Welche Gemeinsamkeiten haben die Protestbewegungen?

KRIPPENDORFF: Ich glaube, ich muß zunächst einmal zu Ihrer Frage Stellung nehmen, denn die Frage als solche zieht bereits eine gewisse Antwort nach sich. Diese Antwort ist: Warum kämpfen wir um Veränderungen, wenn wir in einer Welt leben, die nicht ganz besonders schön ist, aber immer noch eine ganz nette Welt ist. Wir müssen uns jedoch der Tatsache bewußt werden, daß alle Gesellschaften, westliche oder östliche, sich entwickeln, und die Frage ist, ob wir diese Entwicklung beeinflussen können und was die Tendenzen sind, die dann diese Gesellschaften selber in sich entwickeln. Da beginnen wir mit der Analyse! Die kapitalistische Gesellschaft, die wir historisch gesehen haben,

hat die Tendenz, technokratische, autokratische Strukturen zu entwickeln und, wenn sie bedroht werden, faschistische Strukturen. Das haben wir in Deutschland gesehen, das haben wir in Frankreich gesehen, heute kommt es wieder auf in Deutschland; wir haben es in Italien und in Spanien wahrnehmen können. Die kommunistischen Gesellschaften haben die Tendenz, eine sich verhärtende bürokratische Struktur zu entwickeln; dabei kämpfen sie auf einer höheren Ebene. Sie haben ganz bestimmte Grundwidersprüche, die in der kapitalistischen Gesellschaft noch bestehen, die haben sie bereits gelöst. Sie haben also den Privatbesitz und die Mittel der Produktion bereits verstaatlicht. Sie mußten jetzt aber die volle Sozialisierung dieser verstaatlichten Güter durchführen. Da ergaben sich neue Probleme, die damals noch nicht vorauszusehen waren. Die Bürokratisierung, die Stalinisierung, und auf einer höheren Ebene kämpfen diese Leute nun für die volle Sozialisierung während wir im Westen diesen Grundwiderspruch noch nicht gelöst haben. Wir müssen also immer noch gegen die kapitalistische Gesellschaft kämpfen.

MELDOLESE: Ich glaube, was die Grundfragen angeht, ist die traditionelle marxistische Analyse immer noch zutreffend. Aber die wichtige neue Tatsache, die dabei auftritt, ist, daß wir natürlich all diese Rebellionen in unseren Universitäten haben. Und ich glaube, daß es nicht richtig ist zu sagen, es gibt eine Studenten-Klasse. Das gibt es ja überhaupt nicht. Das einzige Problem ist, daß die Studenten Teil der Masse der Bevölkerung sind. Und da ja die Universität ein System ist, durch das das Establishment sich überhaupt reproduziert, gab es keine Probleme, solange das der Fall war. Denn diese Leute erfreuten sich an ihrer höheren Bildung und dienten ihrem eigenen Interesse. Jetzt ist jedoch die Situation anders, denn wegen der Komplexität der neuen Struktur der Universität, wegen der technischen Probleme, die sich dabei ergeben - Ausbildungsgrade, die die Studenten hinter sich bringen müssen, Leute z. B., die ausgewählt werden müssen vom System für ganz bestimmte Aufgaben, und zwar durch Zensuren ausgewählt werden müssen. Diese neue Situation hat ein neues Potential für die Revolte in der Universität, in der Regierung, in der Gesellschaftsstruktur mit sich gebracht. Die Leute werden sich bewußt über das, was sie tun, und sie tragen ihre eigenen Ideen in die Gesellschaft hinein. Damit brechen sie den Gehorsam, den sie an sich der Gesellschaft leisten müssen. Wichtig ist es in diesem Zusammenhang, daß man in der Universität im Kampf gegen die Universität diese Struktur bekämpft.

ALI: Ich glaube, was uns von den Kapitalisten trennt, ist der Eindruck, daß der Kapitalismus inhuman und ungerecht ist und daß wir alle für die Überwältigung des Kapitalismus sind. Das nehmen wir alle als selbstverständlich, und wenn dem nun so ist, dann müssen wir in unseren jeweiligen Ländern Methoden ausarbeiten, wie wir die Gesellschaft ändern können. In Großbritannien z. B. gibt es eine Labour-Regierung, das wissen Sie als politischer Fachmann, die in ihrer Tätigkeit von der konservativen Regierung nicht verschieden ist, die ja 13 Jahre lang geherrscht hat. Man hat in Westeuropa einen Trend der größeren politischen Parteien, die sich im parlamentarischen Spektrum aufeinander zu bewegen. Politik des Consense! Da hat die Vietnambewegung angesetzt; die Studenten wußten schließlich alles über Vietnam, sie haben eine Kritik der Gesellschaft der Sozialstruktur entwickelt, die gegen weitere Vietnams einschreitet und wir haben den Eindruck, daß die Universitäten eine Rolle zu spielen haben. Sie sind aber keine abgetrennte Klasse aufgrund der Tatsache, daß sie weniger Arbeit zu leisten haben; man kann eben trotzdem Universitäten in Zentren revolutionären Protestes, umstrukturieren. Und wenn wir mit den Arbeitern zusammengehen, dann ist das wie ein Zunder, der das Dynamit schließlich zur Explosion bringt. Das ist in Frankreich geschehen. Wichtig ist zu verstehen, daß eine liberaldemokratische, sozialdemokratische Struktur, wenn sie bedrängt ist, wie wahnsinnig kämpfen würde, um an der Macht zu bleiben.

GEISMAR: Ich glaube, daß eine Vielzahl von Widersprüchen in der Gesellschaft aufgetreten sind, die Arbeitslosigkeit, die Probleme der alternden Menschen u. a. Die einfachste Möglichkeit, diese Widersprüche aufzuzeigen, besteht an der Universität, denn die Universität bereitet ja die Kader der Gesellschaft vor. Und wenn in der Gesellschaft etwas falsch läuft, dann müssen sich natürlich die großen Widersprüche zunächst

in den Kadern zeigen. Das ist in all unseren Ländern geschehen. In Frankreich z. B. war es so, daß als die Studenten auf die Straße gingen, sie den Menschen zeigen konnten, daß es tatsächlich möglich war, gegen ein ganz bestimmtes Regime kämpferisch vorzugehen. Die Arbeiterklasse hat die Widersprüche ebenfalls empfunden, sie war ausgebeutet und erledigt worden unter dem Kapitalismus. Jetzt hat die Arbeiterklasse wiedergefunden, daß sie kämpfen konnte, was sie seit langer Zeit in Frankreich vergessen hatte.

BBC: Sie würden doch dabei nicht leugnen, daß nach dem ersten Zusammengehen zwischen Arbeitern und Studenten, die Arbeiter sich wieder zurückgezogen haben.

COHN-BENDIT: Nein, ich glaube, Sie sollten einmal in die Renault-Fabrik gehen. Ich gebe Ihnen ein Beispiel: Ich bin da in die Werke gegangen mit einigen Kollegen der Bewegung des 22. März. Wir wollten dort sprechen und die CGT hat dann gesagt: Nein, wir wollen nicht, daß Ihr redet. Aber die Arbeiter bestanden darauf, daß wir reden konnten und ihnen sagen konnten, was wir wollten. Und ich glaube, das Wichtige, was wir in Frankreich erlebt haben, ist, daß die Universität, daß ein Student in einem Augenblick ein Beispiel geben kann, aber daß er nicht alleine die Veränderung herbeiführen kann. Wenn die Arbeiterklasse sich nicht selber verändert, nicht ihre eigenen Fabriken ändert, dann gibt es auch keinen Wandel in der Gesellschaft. Und ich glaube, das ist auch das Problem, das in Deutschland besteht, wie man die Verbindung mit der Arbeiterklasse herzustellen vermag. Das ist das Problem.

BBC: Aber Frankreich ist bisher in Westeuropa das einzige Beispiel gewesen, wo Sie eine gewisse Solidarisierung für sich beanspruchen konnten?

COHN-BENDIT: Ich glaube, für uns ist das leichter gekommen, weil diese törichte Regierung so viele Fehler gemacht hat, ganz besonders mit der harten Repression. Die Repression hat zunächst die Arbeiter zu einer Art sentimentaler Solidarität gebracht, und dann haben sie sich in das Gefecht eingeschaltet, denn ihre eigenen Probleme, die Probleme ihrer Werke waren angesprochen. Aber ich möchte dabei auch sehr nachdrücklich sagen: Die Studenten haben nicht diese Gefechte erfunden. Sie haben nur so gekämpft, wie die Arbeiter bereits vor ihnen. Aber während der letzten Jahre haben die Arbeiter auf anderer Ebene gekämpft. Sie haben nicht vermocht, ihren Kampf zu generalisieren - das haben die Studenten getan, und dann hat sich die Arbeiterklasse ihnen angeschlossen.

Die Fortsetzung dieser Diskussion dokumentieren wir in unserer Freitagsausgabe.

===== bestellschein =====

Ich bestelle ab 1968 den Berliner EXTRA-Dienst bis auf weiteres, mindestens jedoch für drei Monate zum monatlichen Inlandsabonnementspreis von DM 5.00 (Auslandsabonnement: DM 6.00; Luftpost-Abonnement Ausland: DM 10.00). Der Dienst ist zu meiner persönlichen Information bestimmt. Journalistische Auswertung nur nach Sondervereinbarung. Das Abonnement kann jeweils zum 1. eines Monats, jedoch spätestens am 15. des Vormonats, gekündigt werden.

Den Abonnementspreis überweise ich im voraus auf das Konto der Westberliner Zeitungsgesellschaft mbH bei der Bank für Gemeinwirtschaft, Berlin 12, Kontonummer 4712, (Postscheckkonto der Bank: Berlin West 828 00).

NAME:
WOHNORT: ()
STRASSE:
DATUM: UNTERSCHRIFT: